

# Übersichten

## Juli 1999

### Außenpolitik

#### 1 Das Zusammentreffen China/ASEAN: diesmal von Taiwan und der Mischief-Krise überschattet

Seit 1967 findet traditionell im Juli jedes Jahres ein Außenministertreffen der ASEAN-Länder statt, zu dem bis in die 90er Jahre hinein nur sechs ASEAN-Länder zu erscheinen pflegten, zu dem inzwischen aber, seit dem Beitritt Kambodschas zur Allianz, alle zehn Staaten des Subkontinents beteiligt sind.

Die Konferenz trat auch dieses Jahr - zum 32. Mal - zusammen, und zwar in Singapur. Seit Anbeginn war es zum guten Brauch geworden, daß sich an jede Außenministerkonferenz eine sogenannte PMC (Post-Ministerial-Conference) anschloß, die dieses Jahr ebenfalls zum 32. Mal tagte. Hinzugekommen sind in den letzten Jahren zwei weitere Konferenzen, nämlich das ARF (ASEAN Regional Forum) (es war diesmal das sechste seiner Art) und der „10+1-Dialog“ (ASEAN-China-Dialog).

Die drei letztgenannten Konferenzen fanden vom 25. bis 28. Juli statt, und zwar in Anwesenheit des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan.

Zur PMC waren die zehn Dialogpartner, darunter China, Rußland, Japan, die USA und die EU, erschienen. Am ARF nahmen 22 Länder teil, darunter die zehn ASEAN-Staaten, die zehn Dialogpartner sowie die Mongolei und Papua-Neuguinea.

China hatte hier also erneut die Chance, vor einem großen Forum sowohl Kritiken als auch Anregungen vorzubringen. Es suchte die Gelegenheit in der Tat zu nutzen, indem es einerseits die NATO nochmals wegen der Intervention in Jugoslawien kritisierte und indem es weitere Vorschläge für den Aufbau einer „Neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ unterbreitete (XNA, 28.7.99). Vor dem ARF warb Beijing vor allem um den Aufbau von „Vertrauen“ und schlug in diesem Zusammenhang vier Maßnahmen vor, nämlich (1) verstärkte Anlehnung an die UNO-Charta und an die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, (2) Dialog und Kooperation mit dem Ziel, gemeinsame Interessen herauszufinden und Differenzen zu minimieren, (3) Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln zu lösen und (4) Annahme von Beschlüssen durch Konsens. (XNA, 27.7.99)

China und die ASEAN-Länder mußten insbesondere auf vier Gebieten Gemeinsamkeiten finden, nämlich (1) bei der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen, (2) bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, (3) bei der Koordination der Interessen im regionalen und außenpolitischen Bereich und (4) bei der Festigung der regionalen Stabilität, die den Ausgangspunkt für alle weiteren außenpolitischen Bemühungen bilde. (XNA, in SWB, 29.7.99)

Bei den ARF-Besprechungen standen „Fragen im Südchinesischen Meer“, die Entwicklungen auf der Koreanischen Halbinsel, die nukleare Abrüstung, der Kampf gegen Antipersonenminen und die Frage des Vorgehens gegen internationale Verbrechen im Vordergrund. (XNA, 27.7.99)

Allen wohlmeinenden Beiträgen zum Trotz schlug der VRCh in Singapur helles Mißtrauen entgegen:

Kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt hätte es für Beijings Teilnahme an den drei Konferenzen und für all seine freundlichen Bekundungen geben können, als die zweite Julihälfte, die ganz im Zeichen der VRCh-

Drohungen gegenüber Taiwan standen (Vgl. hierzu das Thema in diesem Heft!). Daß China Militärmanöver ankündigte und sogar die Möglichkeit des Einsatzes von Neutronenbomben ins Gespräch brachte, hat die südostasiatischen Nachbarn traumatisiert - auch wenn sie sich davon bei den Besprechungen nur wenig anmerken ließen.

Hinzu kamen neue Spannungen zwischen Beijing und Manila. Hatte es doch am 19. Juli im Bereich des zwischen China und den Philippinen umstrittenen Mischief-Riffs (innerhalb des Spratly-Archipel) einen neuen Zwischenfall gegeben, der von den Kontrahenten überaus verschieden kommentiert wurde, wobei Manila die Sympathien auf seiner Seite hatte: Der philippinische Verteidigungsminister erklärte, ein Marineboot seines Landes habe einen chinesischen Fischkutter versehentlich gerammt; immerhin habe sich die Mannschaft des Schiffes schwimmend auf ein Riff retten können.

Chinesischer Darstellung zufolge seien die zwei Boote dagegen regelrecht versenkt worden. Das Beijinger Außenministerium sprach von einem ersten Vorfall, nachdem bereits im Mai 1999 ein chinesisches Fischerboot nach einer ähnlichen Kollision mit einem philippinischen Patrouillenschiff nördlich der Spratlys gesunken war. Nach Aussagen Zhang Qiyues, eines Sprechers des Außenministeriums, seien die beiden „harmlosen“ chinesischen Fischerboote, die „auf traditionellen Fischgründen“ ihrem Gewerbe nachgegangen seien, von dem philippinischen Boot verfolgt, beschossen und dann versenkt worden. China sei darüber „schockiert“. (XNA, 21.7.99)

Die Zusammenstöße im Bereich der Mischief-Inseln gehen nun bereits ins dritte Jahr. Im Oktober 1998 begann China, Nägel mit Köpfen zu machen und baute die von den Philippinen kritisierten, weil auf philippinischem Territorium errichtet, provisorischen Gebäude weiter aus, und zwar zu zweibis dreistöckigen Gebäuden aus Stahlbeton, wobei der Unwetterschutz für Fischer weiterhin als Vorwand herhalten mußte. China hatte damit einen permanenten Außenposten tief innerhalb eines Gebiets errichtet, das von den Philippinen beansprucht wird.

Nicht nur den Philippinen, sondern auch anderen ASEAN-Mitgliedern war von Anfang an klar, daß dem Vorgehen der VR China nur durch ein gemeinsames kollektives Handeln entgegengetreten werden könne. Zu einem solchen Gemeinschaftsakt aber haben sie sich bis heute nicht durchringen können, weil ja neben den Philippinen noch drei andere ASEAN-Mitglieder, nämlich Brunei, Malaysia und Vietnam, Teile der Spratlys beanspruchen - und damit auch untereinander in Konflikt geraten sind.

Als die Chinesen Anfang 1995 zum ersten Mal auf dem Mischief-Riff auftauchten, hatten sich die ASEAN-Staaten noch zu einer gemeinsamen, wenn auch schwachen Protesthaltung durchringen können, obwohl - oder gerade weil - sie wußten, daß Beijing eine bilaterale Behandlung der Angelegenheit vorgezogen hätte. Die ASEAN-Außenminister gaben damals eine gemeinsame „Besorgnis“-Erklärung heraus. Im August 1995 unterzeichneten China und die Philippinen daraufhin einen 8-Punkte-Verhaltenskodex, in dem Forderungen nach einer friedlichen Lösung und nach dem Aufbau von gegenseitigem Vertrauen formuliert waren.

Nachdem China seine Präsenz auf dem Mischief-Riff mittlerweile aber regelrecht „zementiert“ hat, vermag zumindest Manila kein „Vertauen“ mehr zu gewinnen, zumal die VRCh mit dem Aufbau des permanenten Außenpostens eine Möglichkeit erhalten hat, die Schifffahrt in der Region zu kontrollieren. Für die philippinischen Ohren mag es wie Ironie klingen, daß die VR China versprochen hat, über kurz oder lang auch Fischerbooten anderer Nationen im Notfall Unterschlupf bei der neu errichteten „Rettungsstation“ zu gewähren.

Tatsache ist, daß sich die südostasiatische Allianz von der VR China hat auseinanderdividieren lassen, so daß sich die Philippinen nun zu einseitigen Abwehraktionen gezwungen sehen. Manila beginnt auf dieser Linie in der Tat zu reagieren, wenn auch in etwas unbeholfener Art und Weise. Statt die ASEAN politisch ins Spiel zu bringen oder statt ein internationales Gericht anzurufen, versuchen es die Philippinen jetzt mit quasimilitärischen Gegenmaßnahmen, nämlich mit

der Versenkung eingedrungener chinesischer Fischerboote.

Es wäre Aufgabe des ARF gewesen, die Chinesen für einen *multilateralen* Benehmenskodex im Bereich des Südchinesischen Meers zu gewinnen. Wozu soll das ARF eigentlich gut sein, wenn es um solche Hauptfragen einen Bogen macht!?

Beim ARF in Singapur ist es jedenfalls wiederum nicht zu einem gemeinsamen, sondern lediglich zu einem bilateralen Austausch gekommen, als sich nämlich am 25. Juli der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan und sein philippinischer Amtskollege Domingo Siazon zusammensetzten und zu der Wortregelung kamen, daß es „zwischen beiden Seiten trotz einiger Rückschläge keinen fundamentalen Interessenkonflikt“ gebe (XNA, 27.7.99). Und dann folgten sogleich wieder die Sonntagsformeln: „Da China und die Philippinen beide Entwicklungsländer und enge Nachbarn sind, steht der Aufbau gutnachbarlicher Beziehungen und wechselseitigen Vertrauens im Mittelpunkt der beiderseitigen Politik“ (ebenda); eventuell auftauchende Differenzen müßten durch friedliche Verhandlungen gelöst werden. -we-

## 2 Besuch des japanischen Ministerpräsidenten in China

Vom 8. bis 11. Juli reiste der japanische Regierungschef Obuchi in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation nach China und in die Mongolei. Bei dem Dreitagebesuch traf er mit Staatspräsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Zhu Rongji und dem Vorsitzenden des NVK, Li Peng, zusammen.

Wie bei solchem Besuch seit nunmehr schon eineinhalb Jahrzehnten üblich, stand auch diesmal wieder die „Kooperation im Hinblick auf das 21. Jahrhundert“ im Visier - zumindest tauchte diese Formulierung in sämtlichen Verlautbarungen auf. Obuchi verhandelte über nicht weniger als 33 Bereiche künftiger Zusammenarbeit.

Hauptergebnis der Gespräche war eine Übereinkunft, derzufolge sich Japan bemühen wird, den Eintritt der VRCh in die WTO zu erleichtern. Zweitens wollen beide Seiten im Bereich der Umwelt enger zusammenarbeiten. Unter anderem stellt Japan der VR Chi-

na 10 Mrd. Yen als Fonds für Baumpflanzaktionen zur Verfügung. Darüber hinaus wird ein chinesisch-japanisches Umweltschutzzentrum errichtet, und nicht zuletzt soll eine für Umweltfragen beispielhafte Modellstadt aufgebaut werden.

In diesem Zusammenhang wurden auch Präliminarien für ein Abkommen über die Entsorgung von mindestens 700.000 Tonnen Chemiemüll ausgearbeitet, der von Japan nach dem Ende des 2. Weltkriegs in China hinterlassen worden ist. Gemäß der 1997 in Kraft getretenen internationalen Chemiewaffen-Konvention ist Japan verpflichtet, diese Hinterlassenschaft zu entsorgen. Die Kosten dürften sich auf mehrere Milliarden US-Dollar belaufen.

Ein drittes Thema waren sicherheitspolitische Fragen. Obuchi versicherte in diesem Zusammenhang seinen mißtrauischen chinesischen Gesprächspartnern, daß die kürzliche Ausweitung der US-japanischen Verteidigungskooperation nicht gegen China gerichtet sei und schon gar keine Rückkehr zum Militarismus bedeute. Das neue japanische Verteidigungsarrangement laufe auch nicht auf einen Schutz Taiwans hinaus. Ohnehin habe sich Japan in der Gemeinsamen japanisch-chinesischen Erklärung von 1972 darauf festgelegt, daß es nur *ein* China anerkenne und daß es Beijing sei, das dieses China vertrete.

Auch versuchte Obuchi seinen Gesprächspartnern klarzumachen, daß aus japanischer Sicht eine Stabilität in Asien auf lange Sicht nur mit Hilfe der USA zu gewährleisten sei und daß dazu u.a. auch stabile chinesisch-amerikanische Beziehungen gehörten.

Im Sicherheitsbereich waren sich beide Seiten aber immerhin darin einig, daß durch die Raketenpolitik in Nordkorea eine kritische Lage entstanden sei. Tokyo erhofft sich gerade von seiten Chinas und der Mongolei einen beruhigenden Einfluß auf Nordkorea, das sein Fernraketenentwicklungsprogramm so schnell wie möglich einstellen und insbesondere auf weitere Raketentests verzichten müsse.

Diskutiert wurden auch Fragen wie die Reform der UNO und die Herstellung geregelter Kontakte auf Beamtenebe-

ne zu den Themen wie illegale Einwanderung sowie Waffen- und Drogenschmuggel von China nach Japan.

Ferner versuchte Obuchi für den japanischen Shinkansen-Hochgeschwindigkeitszug Werbung zu treiben, und zwar auf der 1.300 km langen Strecke zwischen Beijing und Shanghai. Hier hat bereits ein deutsch-französisches Konsortium unter Führung von Siemens und Alstom seine Bewerbungsunterlagen eingereicht.

Beschlossen wurde ferner die Einrichtung eines direkten „heißen Drahtes“ zwischen beiden Regierungen.

Die japanischen Kriegsgreuel aus dem 2. Weltkrieg spielten demgegenüber diesmal fast überhaupt keine Rolle in den Gesprächen. (XNA, 11. und 12.7.99) -we-

### 3 Jiang Zemin in der Mongolei

Vom 15. bis 18. Juli besuchte Staatspräsident Jiang Zemin das Nachbarland Mongolei, und zwar aus Anlaß des 50. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten. Da die damalige Mongolische Volksrepublik unter dem Einfluß der Sowjetunion gestanden hatte, war sie auch in den sino-sowjetischen Konflikt hineingeraten und hatte dabei zunehmende Spannungen zur VR China erfahren müssen. Erst 1989 war es zu einer Renormalisierung der beiderseitigen Beziehungen und, 1994, zum Abschluß eines neuen sino-mongolischen Freundschafts- und Kooperationsvertrags gekommen, der seitdem die Grundlage der Beziehungen zwischen beiden Seiten bildet.

Die Mongolei hat nur zwei Nachbarn, nämlich Rußland und China, braucht also Freiräume, um sich zwischen beiden Seiten zumindest ein wenig bewegen zu können. Dieser Wunsch ist ihr von beiden Nachbarn mittlerweile erfüllt worden, so daß Ulan Bator aus der Verlegenheit herausgekommen ist, sich erneut für nur einen von beiden Nachbarn entscheiden zu müssen.

Historisch ist das Verhältnis zwischen China und der Mongolei überaus kritisch, da es zwischen beiden Seiten 800 Jahre lang Spannungen gegeben hat, vor allem nachdem die Reiterheere Dschingis Khans und seiner Nachfolger das Reich der Mitte überrannt

und es - im Zeichen der Yuan-Dynastie (1279-1368) - zu einem Teil des Mongolischen Weltreichs degradiert hatten.

Die Ming- und sogar die Qing-Politik waren noch weithin im Zeichen anti-mongolischer Überlegungen und Strategien gestanden.

Längst hatten sich seitdem die Stärkeverhältnisse gewandelt - mit der Folge, daß die Mongolen nun gerade umgekehrt vom Wohlwollen des großen Nachbarn Chinas abhängig sind. Als ältester sozialistischer Staat Asiens, der die Modelle der Sowjetunion schon gleich nach dem 1. Weltkrieg übernommen hatte, war die Mongolei gegenüber der Republik China zwei Jahrzehntelang auf gespanntem Fuß gestanden, konnte mit der 1949 ausgerufenen Volksrepublik dann aber sofort in eine Partnerschaft eintreten, die jedoch, wie gesagt, mit dem Beginn der sino-sowjetischen Eiszeit schnell wieder Kühlschrankschranken annehmen begann.

Seit der Renormalisierung der Beziehungen im Jahre 1994 ist es zu mehreren gegenseitigen Besuchen gekommen. Zuletzt bereiste der mongolische Präsident Bagabandi die VR China vom 10. bis 15. Dezember 1998, wobei er Beijing, Shenzhen, Hongkong und Hohehot (in der Inneren Mongolei) besuchte. China sagte der Mongolei damals einen weichen Kredit in Höhe von 12 Mio. US-Dollar zu und unterzeichnete einen Kontrakt zum Aufbau einer gemeinsamen Raffinerie in der Mongolei im Werte von 40 Mio. US-Dollar.

Diesmal, beim Gegenbesuch Jiang Zemin, wurden erneut drei Dokumente unterzeichnet, nämlich ein Regierungsabkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, ein Regierungsabkommen über den Schutz von Forsten und zur Bekämpfung von Steppenbränden in den Grenzgebieten sowie über die Gewährung weiterer chinesischer Entwicklungshilfe. (XNA, 16.7.99) -we-

### 4 China und Korea: Erkenntnisse aus einem Interview des chinesischen Botschafters in Seoul

Nach zwei Jahren Aufenthalt hat der chinesische Botschafter in Seoul, Wu

Dawei, einem koreanischen Journalisten ein längeres Interview gegeben, das gute Einblicke in die chinesische Koreapolitik gewährt und das daher hier kurz wiedergegeben sei. (Seoul Wolgan Chongang, in FBIS - EAS 1999-0713)

- Zu Ideologiefragen: Am 21. Juni 1995 gab der nordkoreanische Führer Kim Chong-li bekannt, daß „sozialistische Länder der ideologischen Arbeit stets Vorrang geben sollen“. War dies ein Seitenhieb gegen Beijing?

A (Wu Dawei): Seit acht Jahren hat es keinen hochrangigen Austausch zwischen China und Nordkorea mehr gegeben. Erst der Besuch des Präsidenten der Obersten Vollversammlung, Kim Yong Lam, im Juni 1999 hat hier neue Wege geebnet (Zum Besuch Kims siehe C.a. 1999/6, Ü 7). Beide Seiten hätten inzwischen ihre Beziehungen renormalisiert. In der Zwischenzeit hat auch Kim Chong-il eine Einladung nach China angenommen.

-F: Sollte China nicht eine Art „Marshall-Plan auf chinesisch“ zugunsten seines Nachbarn Nordkorea auflegen?

A: China hat den Koreanern bisher 150.000 Tonnen Nahrungshilfe und 400.000 Tonnen Kohle im Rahmen eines Hilfsprogrammes zur Verfügung gestellt. China sei bereit, auch weiterhin bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten zu gehen, sei damit allein allerdings überfordert. Auch andere Länder müßten Hilfe leisten, angefangen von Japan bis hin zu den USA.

-F: Am 21. Juni haben die Gespräche zwischen den beiden koreanischen Regierungen neu begonnen. Geschah dies auf Initiative Chinas?

A: Der neu eingeleitete Gesprächsprozess sei ausschließlich auf Initiative Seouls und Pjöngjangs zustande gekommen. Beijing habe sich lediglich als Ort der Gespräche zur Verfügung gestellt. China begrüßte den Wiederbeginn von Direktkontakten und hoffe, daß aus einem Samen schnell ein ganzer Baum hervorwachse.

-F: Ist der Rückzug der US-Truppen aus Korea eine Voraussetzung für Frieden und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel?

A: Diese Vorstellung wird von Nordkorea in der Tat immer wieder vor-

gebracht, zuletzt bei den vierseitigen Verhandlungen zwischen den USA, China und den beiden koreanischen Staaten. China betrachte die Anwesenheit von US-Truppen als ein Ergebnis geschichtlicher Entwicklungen, die sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen lassen. Im Prinzip sei China gegen die Stationierung von Truppen auf fremdem Gebiet - und habe ja auch nirgends im Ausland eigene Soldaten stehen.

Die Anwesenheit der US-Truppen sei jedoch kein wesentlicher Bestandteil der Gespräche. Vielmehr gehe es um konstruktive Schritte, unter anderem um die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen Nordkoreas mit den USA sowie mit Japan. Übrigens sei der kürzliche Besuch William Perrys in Nordkorea eine überaus positive Entwicklung (der frühere Verteidigungsminister Perry ist inzwischen amerikanischer Koordinator für die Nordkoreafrage).

-F: Wie beurteilt China die „Sonnenscheinpolitik“ Südkoreas gegenüber dem Norden?

A: Die „Sonnenscheinpolitik“ geht auf den neuen südkoreanischen Staatspräsidenten Kim Dae Chung zurück und wird von China als ein Versuch angesehen, eine Politik des „Friedens, der Versöhnung und der Kooperation“ zwischen beiden Seiten herbeizuführen. Die Eröffnung von Gesprächen auf Vizeministerebene zeigte, daß Südkorea eine Politik der Wiedervereinigung und, bis es so weit ist, ein Verhältnis der friedlichen Koexistenz zwischen beiden Seiten anstrebe. Bis zur Wiedervereinigung dürfte allerdings noch einige Zeit vergehen: Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. China setze jedenfalls volles Vertrauen in den südkoreanischen Präsidenten.

-F: Es gibt einen chinesisch-nordkoreanischen Freundschafts- und Kooperationsvertrag, der auch eine automatische Beihilfeklausel enthält. Sollte China nicht auch mit Südkorea einen solchen Vertrag schließen?

A: China und Südkorea arbeiteten wirtschaftlich und politisch eng zusammen und seien dabei bereits jetzt auf das 21. Jahrhundert hin orientiert. Angesichts dieser Ausrichtung erweise sich ein chinesisch-südkorea-

nischer Parallelvertrag als überflüssig. Er könne jedoch geschlossen werden, sollte er erforderlich sein.

Ein weiterer Komplex wurde in dem Interview zwar nicht angesprochen, begleitet aber die Diskussionen um Korea, nämlich die nordkoreanische Raketenpolitik. Im August 1998 hatte Nordkorea eine dreistufige Rakete getestet, indem es das Projektil - über Japan hinweg - in den Ozean abfeuerte. Dadurch habe Pjöngjang zeigen wollen - so die Meinung amerikanischer Beobachter -, daß Nordkorea nicht nur Japan, sondern eines Tages vielleicht sogar US-Territorium angreifen könne.

Die USA haben mit zwei Gegenmaßnahmen reagiert, nämlich mit dem Vorschlag, einen Raketenabwehrschild (TMD: Theatre Missile Defence) zu errichten, in den auch Japan und Taiwan einbezogen werden sollten (dazu C.a. 1989/3, Ü 7 und 1999/6, Ü 4), sowie mit der Forderung, daß Nordkorea keine weiteren „Tests“ in dieser Richtung mehr unternehme.

Botschafter Wu Dawei hatte zu dieser US-Forderung in der südkoreanischen Zeitung *Munhwa Ilbo* kritisch Stellung genommen, indem er darauf hinwies, daß es kein Gesetz gebe, demzufolge einige Länder Raketen entwickeln dürften, andere aber nicht.

Sehr wohl dürfte den chinesischen Führern freilich auch nicht sein, wenn sie daran denken, daß das vom Hunger und vom industriellen Kollaps bedrohte Nordkorea noch 1999 eine weitere Rakete erproben will, und zwar die Taepongdo-II - die, wie es offiziell heißt, eine Rakete zum Abschluß von Satelliten für die Raumforschung sei. (FT 23.7.99) In den USA befürchtet man vielmehr, daß Nordkorea mit dem neuen Raketentyp US-Territorium in Alaska oder in Hawaii erreichen könnte. Wu Dawei bezeichnet solche Befürchtungen als eine Übertreibung und als einen Versuch, unter dem Vorwand einer nordkoreanischen Raketenbedrohung die chinesische Provinz Taiwan in das TMD mit einzubeziehen. -we-

## 5 Protest gegen amerikanisch-britische Luftangriffe auf den Irak

Im Juli kam es zu mehreren amerikanisch-britischen Luftangriffen gegen Ziele im Irak.

Das chinesische Außenministerium protestierte gegen diese Unternehmen am 31. Juli und wies darauf hin, daß hier vor allem zivile Ziele getroffen würden. China erkenne die „no-fly-zones im Irak“ nicht an. Allein schon die Festlegung solcher Zonen sei ein Eingriff in die irakische Souveränität. (XNA, 1.8.99) Daß solche Zonen festgelegt wurden, um die schiitische Bevölkerung im Süden und die kurdische Bevölkerung im Norden vor Übergriffen des irakischen Militärs (früher wurden sogar Giftgaseinsätze geflogen!) zu schützen, wird von der VR China offiziell nicht zur Kenntnis genommen. -we-

## 6 Hexenjagd auf Falun gong

Die Falun gong (oder Falun dafa (wörtlich „Großes Gesetz des Gesetzesrads“) mit ihren angeblich über 70 Millionen Anhängern, über die bereits in einem früheren Beitrag ausführlich berichtet wurde (dazu 1999/4 S. 369-377), ist am 22. Juli verboten worden, und zwar durch einen Erlaß des Sicherheitsministeriums (gonganbu). In dem Erlaß wurde u.a. auch das Verbot ausgesprochen, Bücher und andere Publikationen aller Art sowie audiovisuelles Material zu veröffentlichen oder zu verteilen. Verboten seien alle Ansammlungen, Umzüge oder Demonstrationen in Form von „sit-ins“ sowie Appelle an höhere Behörden um Hilfe. Verboten sei auch das Ausstreuen von Gerüchten und Behauptungen aller Art. Jeder Verstoß gegen den Erlaß ziehe strafrechtliche Folgen nach sich, hieß es. (XNA, 23.7.99) Am gleichen Tag ging auch in den KP-Gremien ein Zirkular um, in dem es Parteimitgliedern verboten wurde, Falun dafa zu praktizieren. (XNA, 23.7.99)

Vorausgegangen waren bereits zahlreiche Schikanemaßnahmen gegen Personen oder Personengruppen, die Falun praktizierten: Sie wurden von ihren Übungsplätzen unter fadenscheinigsten Begründungen abgedrängt oder bei ihren Übungen dadurch belästigt, daß plötzlich Putzkolonnen auftauch-

ten und die Meditierenden in einem Wirbel von Staub verschwinden ließen. Dutzende solcher Beschwerden sind vor allem per Internet ins Ausland gelangt (dem Autor dieser Zeilen liegt ein ganzes Bündel solcher Meldungen vor).

Als die Schikanen zunahmen, kam es am 25. April zu einer Sitzblockade von 10.000 FLG-Anhängern vor dem Sitz der chinesischen Regierung in Zhongnanhai. (dazu C.a. 1999/4, S. 369)

Die Regierung wiederum, die durch diesen Überraschungscoup ihr Gesicht verloren hatte, beschloß nun offensichtlich, Nägel mit Köpfen zu machen und die FLG zu verbieten.

Freilich war es nicht gerade einfach, eine Begründung dafür zu finden, da es sich bei den FLG-Anhängern ja durchwegs um ruhige Zeitgenossen handelt, die kaum organisiert sind und die übrigens auch keine Beiträge zahlen. Sektengründer Li Hongzhi, der in New York lebt, hat ausdrücklich verboten, daß für Falun dafa-Aktivitäten Geld verlangt wird. Mitglieder sollten vielmehr die Gelegenheit erhalten, sich durch gemeinsames „richtiges“ Atmen selbst zu vollenden, sich gegen persönliches oder soziales Unheil abzuriegeln und gleichzeitig Alternativen zum realen Alltag zu gewinnen.

Die Regierung arbeitet bei ihrem Kampf gegen die FLG vor allem mit zwei Argumenten, nämlich mit „Aberglauben“ und mit „straffer Organisation“.

- Aberglaube: in einem Artikel der RMRB vom 30. Juli hieß es, daß der Kampf gegen Li Hongzhi und gegen die Falun gong ein „politischer Kampf in der ideologischen Sphäre um die Herzen der breiten Masse des Volkes“ sei. Die Falun gong predige „Idealismus und Theismus“, negiere alle wissenschaftliche Wahrheit und fordere, daß die Anhänger nach der Doktrin des Li Hongzhi lebten (so die Juli-Ausgabe des Zweimonatsmagazins *Qiushi* („Wahrheitssuche“)). Die Falun gong-Sekte verbiete ihren Anhängern, an wissenschaftliche Wahrheit zu glauben, vor allem an den Marxismus. Damit verstoße sie gegen die Verfassung und wende sich gegen die Grundlehren der KPCh. Eine solche massenhafte Infiltration könne nicht einfach hingenommen werden.

Bereits am 30. Juli hatte die Polizei in verschiedenen Provinzen des Landes rund 2 Mio. Publikationen (Bücher, Tonbänder, Videos) konfisziert - und vernichtet (XNA, 30.7.99).

Die Auseinandersetzungen mit der FLG wurden u.a. auch als ein „Kampf zwischen Materialismus und Idealismus“ bezeichnet. (RMRB, 27.7.99)

In den nachfolgenden Tagen stimmten immer mehr Massenorganisationen, wissenschaftliche Institute und Parteigremien in den Chor des Kampfes gegen den „Aberglauben“ ein. (RMRB, 19.7.99, S. 1).

Die Lehre sei nicht nur von ihrem ideologischen Gehalt her äußerst schädlich, sondern verführe auch viele Leute dazu, sich selbst zu verletzen oder aber Selbstmord zu begehen. Allein in der Jilin-Provinz in Nordostchina habe es 59 Todesfälle unter FLG-Anhängern gegeben. Einer von ihnen, ein 32 Jahre alter Bauer, sei zum Beispiel am 14. Januar 1997 in ein Heizwerk gegangen, um sich dort der Hitze auszusetzen und damit seine durch Falun dafa gewonnene Widerstandskraft zu demonstrieren. Schwer verletzt habe er im letzten Moment gerettet werden können. Er habe sich jedoch geweigert, ein Krankenhaus aufzusuchen und habe sich statt dessen vor dem Portrait Li Hongzhis, des großen Meisters, niedergekniet und um Rettung gefleht. Kurze Zeit später sei er gestorben. (XNA, 27.7.99)

Schon damals seien einige der rund 1.500 Falun gong-Einheiten in der Provinz Jilin verboten worden - doch ohne längerfristigen Erfolg. Ähnliche Todesnachrichten tauchten nach dem 23. Juli zu Dutzenden auf. Stellenweise kam es zu hysterischen Anklagen gegen die FLG. U.a. war vom FLG-verursachten Tod von 743 Anhängern die Rede: Das Verbot hatte mit anderen Worten eine Kampagne ausgelöst, wie man sie seit dem Ende der Kulturrevolution in China nicht mehr hat erleben können!

- Der zweite Anklagepunkt lief darauf hinaus, daß es sich bei der FLG um eine Sekte mit hoher organisatorischer Verdichtung handle. In der Großstadt Nanjing beispielsweise habe Li Hongzhi eine FLG-Führungsgruppe eingerichtet, und zwar aufgrund einer (mittlerweile angeblich von der

Polizei gefundenen) Instruktion vom 15. April 1994. (XNA, 1.8.99) Hellwach geworden, habe die Polizei nun überall Hinweise für „solide Organisationsverbindungen“ finden können. In der größten Stadt Chinas, Chongqing, bilde die FLG beispielsweise fünf hierarchische Ebenen: „Leitung“, Filialen, Instruktionszentren der ersten Ebene, Instruktionszentren der zweiten Ebene und Übungszentren. Li Hongzhi habe den Vorstand der lokalen „Leitung“ und seine zwei Stellvertreter höchstpersönlich ernannt. Die Leitungsstation habe drei „Filialen“ gehabt, jede mit einem Direktor und einem stellvertretenden Direktor besetzt. Die drei Filialen wiederum hätten 56 Instruktionszentren der ersten und der zweiten Ebene angeleitet. In Chongqing habe es überdies 890 Übungszentren gegeben. Die fünf Führungsebenen hätten sich aus 358 Führern zusammengesetzt. Die FLG-Anhänger hätten, beginnend im Jahre 1998, mehrere Male die Redaktionen lokaler Medien belagert, um Forderungen zu stellen. All diese Aktivitäten seien unter Anleitung der „Falun dafa Forschungsgesellschaft“ in Beijing vorgetragen worden. (XNA, 31.7.99)

Ein weiteres Indiz in dieser „Beweiskette“ waren aus Sicht der Behörden Protestaktionen von FLG-Anhängern in verschiedenen Städten, die die Freilassung verhafteter Anführer ihrer Sekte erwirken wollten. Angeblich war es dabei zu einer regelrechten Machtprobe zwischen KP und der Heilsbewegung gekommen.

In Shanghai seien nicht weniger als 1.200 Angestellte des öffentlichen Dienstes und Parteimitglieder auf die FLG-Propaganda hereingefallen. Sie müßten nun regelrecht „umerzogen“ werden.

Wäre die ganze Aktion nicht von der angeblich so „wissenschaftlich“ angeleiteten KPCh durchgeführt worden, hätte man meinen können, man befinde sich in der Ming- oder in der Qing-Zeit, wo es bereits ähnliche Sektenerfolgungen gegeben hatte. - Und zwar mit Argumenten, die den im Juli 1999 vorgebrachten Begründungen verdächtig ähnlich waren.

Bei der Fahndung nach dem in New York lebenden Gründer der FLG, Li

Hongzhi, will die Justiz auch Interpol einschalten. Ob die Polizei in Amerika allerdings zugreift, ist äußerst unwahrscheinlich, zumal amerikanische FLG-Anhänger nach dem Verbot der FLG in China sogleich Gegendemonstrationen veranstaltet haben.

Verhaftungen und Bücherverbrennungen, Einschalten des gesamten Medienapparates, Umerziehungsdrohungen und lautstarke Selbstkritik - dies hat man in China seit 1976 nicht mehr in diesem Ausmaß erleben können! -we-

---

## Innenpolitik

---

### 7 Ideologischer und organisatorischer Verfall der Kommunistischen Partei: Aberglaube und Ämterkauf

Der Verfall der ideologischen und organisatorischen Disziplin innerhalb der Kommunistischen Partei schreitet offiziellen Berichten zufolge weiter voran. Die Tatsache, daß sich eine Vielzahl von teils hochrangigen Parteifunktionären an den Aktivitäten der Falun-Gong-Sekte (siehe die Übersichten „Weitere Aktivitäten der Falungong-Sekte und die Reaktionen des Staates“ und „Hexenjagd auf Falun gong“ in diesem Heft) sowie auch an sonstigen „abergläubischen“ Betätigungen beteiligten, bewegte die Parteizentrale zu einer ideologisch aufgeladenen Indoktrinierungs- und Ausrichtungskampagne, wie sie lange nicht mehr zu beobachten war.

Auf persönliche Weisung von KP-Generalsekretär und Staatspräsident Jiang Zemin zogen die Parteimedien in einer Serie von Beiträgen gegen „Götterglauben“, „Idealismus“ und „Spiritualismus“ in der Funktionärsschicht zu Felde und propagierten die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des Atheismus: Manche Parteimitglieder und Funktionäre hätten sich in jüngster Zeit zunehmend gleichgültig gegenüber den Werten des Sozialismus und dem Ziel des Kommunismus gezeigt und statt dessen bevorzugt über spirituelle und übernatürliche Phänomene diskutiert. „Wenn solche Tendenzen um sich greifen, werden sie die Weltanschauung und den politischen

Glauben der Kommunisten ernsthaft untergraben und die Geschlossenheit und Kampfesstärke unserer Partei erheblich schwächen.“ (RMRB, 13.7.99)

Wie schlecht es um die Disziplin und Loyalität leitender Parteifunktionäre tatsächlich steht, illustrierte ein ausführlicher Bericht über Ämterverkauf durch einen KreisparteiSekretär in der Provinz Henan. (RMRB, 24.6.99) Wang Xinkang, der 1993 zum Parteisekretär des Kreises Hua ernannt worden war und zugleich im Parteikomitee der Bezirksstadt Anyang saß, verfügte innerhalb von sechs Jahren mehr als eintausend Beförderungen, Ernennungen oder Abberufungen von Funktionären in seinem Amtsbereich. In engem Zusammenspiel mit dem von ihm eingesetzten Leiter der Organisationsabteilung des KreisparteiKomitees soll Wang insgesamt Bestechungsgelder in Höhe von mehreren hunderttausend Yuan RMB erlangt haben. 35 leitende Funktionäre aus 21 der 22 Gemeinden im Kreis Hua verdankten ihre Positionen den Sonderbeziehungen zum bestechlichen KreisparteiSekretär.

Der Fall Wang Xinkang wurde im Herbst letzten Jahres schließlich von den KP-DisziplinKontrollkommissionen der Stadt Anyang und der Provinzregierung untersucht. Wang wurde inzwischen aus einem Ämtern entlassen, aus der KPCh ausgeschlossen und sein Fall der Staatsanwaltschaft übergeben. Dieser Fall von Korruption und Ämterpatronage habe jedoch - so die Volkszeitung - das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im Kreis Hua und sogar in einigen Nachbarkreisen empfindlich gestört, die Moral und Leistungsfähigkeit der Verwaltungsstellen, die Unterstützung durch die Volksmassen sowie die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft schwer beschädigt. -hei-

### 8 Staatliche Steuerhauptverwaltung bemüht sich um Straffung des Behördenapparates

Chinas nationale Steuerbehörde, die Staatliche Steuerhauptverwaltung, hat angekündigt, die Steuerbehörden und deren Personal einer umfassenden Neuordnung und Überprüfung zu unterziehen. (XNA, 15., 18., 22.7.99)

Chinas zweigleisige Finanzverwaltung mit nebeneinander existierenden nationalen und lokalen Steuerämtern, die insgesamt rund eine Million Personen beschäftigen, soll neu organisiert werden. Nach Aussage des Direktors der Steuerhauptverwaltung, Jin Renqing, bestünden weiterhin viele Strukturdefekte trotz der Reformbemühungen der vergangenen fünf Jahre: unscharf abgegrenzte Kompetenzbereiche, unzureichendes Management, mangelhafte Kontrollen sowie überzähliges und schlecht qualifiziertes Personal. Die Personalstärke in den aufgeblähten Steuerbehörden auf Provinzebene müsse deutlich verringert werden. Die häufig zu beobachtende Doppeltätigkeit von Steuerämtern - einerseits als staatliche Behörde, andererseits als kommerzielle Steuerberatungsagentur - soll strikt unterbunden werden.

Trotz ihrer Organisationsdefekte haben die Steuerbehörden - wie von der Zentralregierung gewünscht - in den letzten Jahren erhebliche Zuwächse bei der Einnahme von Steuergeldern erzielen können. Die staatlichen Steuereinnahmen sind offiziellen Angaben zufolge jüngst von Jahr zu Jahr mit zweistelligen Prozentzahlen gewachsen. Zugleich werden aber immer wieder Korruptionsfälle gemeldet, bei denen es manchmal um Veruntreuung von Steuereinnahmen in Höhe von mehreren Millionen Yuan RMB geht. -hei-

### 9 Nationale Konferenz zur Reorganisation regionaler Regierungen

Am 23. Juli hat in Beijing ein Nationales Arbeitstreffen über die Reorganisation regionaler Regierungen stattgefunden. Ministerpräsident Zhu Rongji hielt eine Rede über Grundsätze der Behördenreformen auf Provinzebene und auf lokaler Ebene. (Xinhua, 23.7.99, nach SWB, 30.7.99)

Die Reorganisation der subnationalen Regierungen soll dem aus Zhous Sicht erfolgreichen Modell der umgebildeten Zentralregierung folgen, das heißt: Verkleinerung und Reduzierung der Regierungsorgane sowie drastische Verringerung des Behördenpersonals um bis zu 50%. (siehe C.a. 1998/3, S.277-287, 1998/5, S.488;